



# HESSISCHER LANDTAG

03.12.2015

HHA

## Änderungsantrag

### der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307

Inhalt des Antrags: **Tatsächlich konnexitätsgerechter Ausgleich**

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen  
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 39  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Konnexitätsgerechter Ausgleich für verbesserte Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan:</b>			
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	117.500,0	+200.000,0	317.500,0
<b>Eigene Erlöse</b>	0,0	+21.000,0	21.000,0
<b>Produktabgeltung</b>	117.500,0	+179.000,0	296.500,0

### Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Bundesmittel für das Betreuungsgeld werden hier als eigene Einnahmen veranschlagt.

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Aufgrund der finanziellen Misere, in der die meisten hessischen Kommunen stecken, wie defizitärer Haushalte und Konsolidierungsprogramme, die von Landräten und Regierungspräsidien genehmigt werden müssen, werden aktuell Elternbeiträge in den Kindertagesstätten erhöht und die Personalausstattung gesenkt. Trotzdem bleiben die Kinderbetreuungskosten eine wachsende Belastung für die Kommunen. Der Fachkräftemangel führt zusätzlich dazu, dass finanzstärkere Kommunen die Erzieher\_innen besser bezahlen können, während überschuldete Kommunen kein oder kein gut qualifiziertes und geeignetes Personal mehr finden. Hier ist die Gleichheit der Lebensverhältnisse nicht mehr gegeben.

Das Land muss in einem wesentlich höheren Maße die Kosten der Kinderbetreuung übernehmen. Darüber hinaus muss die hessische Landesregierung aktiv werden, so dass auch der Bund sich in der Kinderbetreuung engagiert. Es soll ein Programm entwickelt werden, wie schrittweise die vollständige Kostenübernahme zumindest der Personalkosten in der Kinderbetreuung durch Bund und Land erfolgen kann. Die Gelder, die aus dem Betreuungsgeld frei werden, sollen als Einnahmen dazu benutzt werden.

Ein hessisches Förderprogramm Fachberatung für die Betreuung von Flüchtlingskinder wird ähnlich demjenigen in Nordrhein-Westfalen aufgelegt. Die Fachberater\_innen unterstützen Kitas, Kommunen und Eltern bei einer guten Eingliederung der Kinder in die Kindertagesstätten.

Wiesbaden, 02.12.2015

Für die Fraktion DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende

**Willi van Ooyen**